

Windpark in Dinkelscherben: Bürger fordern Abstand ein

AKTION / Die Bürgerinitiative „LebensWerte Reischenau“ fordert die Einhaltung der 10-H-Regelung und stellt die Sinnhaftigkeit eines Windparks an der geplanten Stelle infrage.

Markus Höck

Dinkelscherben. Das Unternehmen Juwi plant, auf dem Gemeindegebiet Dinkelscherben zehn Windkraftanlagen jeweils mit einer Höhe von 250 Metern zu errichten. Seit dieses Vorhaben öffentlich bekannt ist, rumort es in den betroffenen Ortsteilen. Inzwischen hat sich eine Bürgerinitiative (BI) gegründet, die sich für die Sicherheit und Gesundheit der Menschen stark machen will.

Mitten im Naturpark Westliche Wälder

„LebensWerte Reischenau“ haben sich Initiatoren der BI als Namen gewählt und beziehen sich so auf den mittleren Teil des Naturparks Westliche Wälder, in dem Dinkelscherben liegt. Denn ein klares Ziel der BI ist die Rettung des Landschaftsbildes, das sie durch die geplante Anlage zerstört sehen.

Grundsätzlich seien sie nicht gegen Windkraft, wie die Initiatoren in einer Pressemitteilung betonen. Nur sei eben der Standort im Wald nahe Ettelried nicht geeignet für einen Windpark, so die BI und untermauert das mit einem Verweis auf den Energieatlas Bayern. Tatsächlich wird dort das infrage kommende Gebiet in Bezug auf das Windenergiepotenzial allenfalls als mittelmäßig eingestuft. Dieser Umstand hat dann auch die immense Höhe der geplanten Windräder zur Folge, denn laut Juwi würden sich diese nur mit der Höhe von 250 Metern rentabel betreiben lassen.

Doch: Drei der Windräder würden nach Stand der aktuellen Planung vom Ortsteil Ettelried gerade mal 2000 Meter entfernt errichtet. Das ist allerdings nicht so ohne Weiteres möglich. In Bayern gibt es die sogenannte 10-H-Regelung, die besagt, dass die Windräder von der nächsten Siedlung mindestens das zehnfache der Höhe entfernt stehen müssen. Das wäre



Protestaktion gegen Windpark: In Ettelried wehren sich die Bürger kreativ gegen den Bau von zehn 250 Meter hohen Windkraftanlagen. Auch eine gegründete Bürgerinitiative hat Aktionen angekündigt. Foto: privat

für drei der Windräder für Ettelried nicht der Fall und auch auf der anderen Seite des Parks rücken die Anlagen noch dichter an die Wohnbebauung von Reichertsried, das zur Gemeinde Münsterhausen im Landkreis

Günzburg gehört. Eine Ausnahme von der 10-H-Regelung kann nur über die Aufstellung eines Bebauungsplans für das Gebiet erfolgen. Hier ist die Gemeinde Dinkelscherben gefragt. Bürgermeister Edgar Kalb

will das Thema im Herbst in den Marktgemeinderat bringen: „Wir planen die grundsätzliche Abstimmung – ja, nein, Bürgerentscheid – über das weitere Vorgehen auf die Tagesordnung einer öffentlichen Gemeinderatssitzung im Herbst zu bringen“, sagt er.

Doch bis zu einem Bebauungsplan will es die BI gar nicht erst kommen lassen. „Die Einhaltung der 10-H-Regelung ist für uns das absolute Minimum“, erklärt die Initiative in ihrer Pressemitteilung. Doch das ist eben längst nicht die einzige Sorge. Die BI befürchtet vor allem gesundheitliche Folgen für die Bewohner der angrenzenden Ortsteile, etwa durch einen dauerhaft hörbaren Geräuschpegel beziehungsweise durch den nicht hörbaren Infraschall.

Weiter sehen sie die in dem Wald beheimateten Tiere und Pflanzen in Gefahr – mitten im Landschaftsschutzgebiet, dem Naturpark Westliche Wälder, wohl gemerkt. Ohnehin seien die Ortsteile Ettelried und Engertshofen bereits schwer belastet durch eine Kiesgrube in unmittelbarer Nähe, die auch als Deponie genutzt wird. Pikanterweise befindet sich auch diese auf dem Grund des Waldbesitzers, der nun mit dem Windpark-Planer Juwi bereits entsprechende Verträge geschlossen hat.

An einem wirtschaftlichen Nutzen für die Gemeinde meldet die BI große Zweifel an. Wann oder ob überhaupt die Anlage Gewinn abwerfe und wirklich Gewerbesteuer fällig würde, sei völlig unklar, so die Initiative. „Im schlimmsten Fall gibt es gar nichts und Dinkelscherben bleibt auf den Kosten für den Rückbau der Anlage sitzen“, befürchten die Mitglieder der BI.

Mit verschiedenen Aktionen wollen sie nun auf ihre Situation aufmerksam machen und vor allem die Mitglieder des Gemeinderats überzeugen, dass die 10-H-Regelung nicht ausgehebelt wird.